

Die Stelle vertritt... 250 M. durch die... 25 M. aus... 25 M. aus...

Die Stelle vertritt... 250 M. durch die... 25 M. aus... 25 M. aus...

Morgen-Ausgabe

werden die... 30 M. durch die... 25 M. aus... 25 M. aus...

Nr. 555.

Galle, Donnerstag, den 27. November

1913.

Mb. Deutscher Reichstag.

175. Sitzung Mittwoch, den 28. November. Am Tische des Bundesrats: Dr. Aiso, von Kerp, von Falkenberg.

Präsident Dr. Kerp eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Min. mit der Mitteilung von dem Einschreiben des Abg. Jörn (Wp.).

Neu eingegangen sind zwei Interpellationen der Sozialdemokratischen Fraktion über die Vorgänge in Italien und den Ausbruch des Abg. Dr. Bielecki (Soz.) aus der Bültungs-Kommission.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst die Interpellationen über die Arbeitslosigkeit und die Währungsfrage in Italien.

Unterleitungsminister Richter erklärt, daß der Reichstagler die Interpellation über die Arbeitslosigkeit in der zweiten Hälfte der nächsten Woche beantwortet wird.

General von Rosenborn gibt die Erklärung ab, daß der Reichstagler die Interpellation über die Währungsfrage in Italien der nächsten Woche beantwortet werden lassen.

Die erste Lesung des Spionagegesetzes.

Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Aiso: Die zur Beratung stehende Vorlage ist von hoher Bedeutung für das Wohl des Reiches. Der vorliegende Entwurf des Spionagegesetzes enthält eine Reihe von Änderungen gegenüber dem Entwurf von 1908.

verschiedene Rechte, sondern nur ein Recht mit festerer Stillschließung, nämlich das Recht, das deutsche Volk darauf aufmerksam zu machen, daß seine Verfassung und Schicksalsbestimmungen...

So einschließen die Aemter jeden Versuch abzuwehren, daß diese Vorlage zum Schaden des Reiches oder zu Verhinderung der öffentlichen Meinung...

Staatssekretär des Reichsmarinamts von Tirpitz:

Den Inhalt der Vorlage, die juristischen Mängel der bisherigen Gesetzgebung gegen die Spionage und die allgemeinen militärischen Bedürfnisse haben die beiden Vorredner in eingehender Weise dargestellt.

Abg. Stadlger (Soz.):

Überhebend hat diesem Gesetz ich, daß die Presse unter militärischer Aufsicht gestellt werden soll, daß sie nur das schreiben soll, was die Regierung...

und gut vorzulegen, nur ja recht dankenswert. Aber feiner, der Regierungsdirektor hat uns das Geheimnis verraten, was die eigentlich ein militärisches Geheimnis ist.

Auf daß den Krieg haben wir vollständig auszureichende Strafbestimmungen. Was ist vertraulich zu halten, was ist geheim? Wir haben das schon bei uns in der Kommission gemacht.

Abg. Dr. v. Calker (Natl.):

Das Gesetz entspricht einem Bedürfnis, denn eine Währungsreform ist notwendig. Eine starke Revision verschiedener Interessen liegt freilich vor, aber das Interesse der Gesamtheit muß allem anderen vorzuziehen.

Abg. Goltzke (Natl.):

Wir haben alle Veranlassung, dem Gesetzentwurf zustimmen, da wir schwere Strafen für Spionage für notwendig halten. Gegen den § 9 hat sich die ganze Presse mit leiserer Einmütigkeit, auch mit Einfluß der Reichstagsopposition...

Abg. Dr. v. List (Wp.):

Wir haben der Vorlage vollkommen sachlich gegenüber, müssen aber den Nachweis ihrer Notwendigkeit erweisen, und zwar nach der Art und Weise, die für die Entscheidung in der Beratung notwendig ist.

Abg. Gruber (Centr.):

Wir bewilligen gerne, was für das Wohl des Vaterlandes notwendig ist. Kritik hat hier aber nicht den Zweck, die Beschlüsse des Reichstags zu erschüttern, sondern nur den allerbesten Nutzen zu erwirken.

Abg. Kriegsminister Generalleutnant von Falkenhayn:

Die Gelegenheit, die ich mir heute, heute einige Worte an das Reichstag zu richten, kam mir so sehr, als ich mich nachdem ich durch den Reichstag auf meinen gegenwärtigen Posten berufen worden bin, schon jetzt darüber einführen kann.

Abg. Reichsminister des Innern Dr. Aiso:

Die Berechtigung, aus dem vorliegenden Gesetzentwurf in dem zu ergreifen, leitet ich von dem Umstande ab, daß er in großen Beziehungen liegt zur Wahrung der Schlagbereitschaft der deutschen Wehrmacht. Es gilt gegenwärtig Kampfen zu gewinnen, denen es unsere Wägen weihen zu verpassen, und die Wägen des Erfolges formen und rechtzeitig vorzubereiten.

Es ist dabei für mich ganz ohne Belang, wer sich einer solchen Darstellung schuldig macht. Insbesondere vermag ich keine Rücksicht auf die großen und ganzen eine Behauptung zu machen, die sich aus dem Gesetzentwurf ergibt.

Abg. Stadlger (Soz.):

Überall, auch bei der Post, hat man das Spionagegesetz gegen die Presse eingeführt. Und diejenigen, die über diesen Punkt in der Reichstagskommission...

Abg. Stadlger (Soz.):

Die Deutsche Tageszeitung war so gnädig, zu erklären, daß sie nicht einmal den sozialdemokratischen Vätern der Reichstagskommission zutraue, was würde Herr Dr. Richter sagen, wenn ich erkläre, daß ich unsere Kollegen von der Presse nicht für Betrüger und Schurken halten, nicht einmal die Kollegen von der Deutschen Tageszeitung.

Abg. Gruber (Centr.):

Wir bewilligen gerne, was für das Wohl des Vaterlandes notwendig ist. Kritik hat hier aber nicht den Zweck, die Beschlüsse des Reichstags zu erschüttern, sondern nur den allerbesten Nutzen zu erwirken.

Welchen Lohn auch die 90 ab. Ich befinde mich auf der Seite des Reichsverbandes der deutschen Presse. Wir wollen die freie Bewegung des einzelnen Staatsbürgers sichern, auch ohne Hebergriffe der Willkürgewalt, deren rechtliche und tatsächliche Bindungen nicht immer zu haben mit dem Guppindem (siehe richtig links). Gerade im Verlauf des letzten Semesters haben wir gesagt, daß wir jeden Augenblick bereit sind, für die Abkündigung des Staats des Notwendigen zu bewilligen. Wir gehen in die Kommission mit dem festen Entschluß, allen Bestimmungen entgegenzutreten, deren letzter, wenn nicht nicht nicht bewirkt angestrichelter Erfolg ist, daß nicht die deutsche Reich gegen die Kritik verfehlter Anordnungen. (Beifall.)

Hg. Merzin (Rp.):

Das Gesetz ist notwendig schon mit Rücksicht auf die ausländischen Bestimmungen, die viel härter sind als unsere bisherigen. Auch für uns ist 9 in dieser Hinsicht unannehmbar. Die Senzation der Presse, die freilich im jeden Preis etwas Neues bringen will und die erst gar nicht haben, kann großen Schaden anrichten. Das Kriegsministerium sollte eine Auskunftsstelle für die Presse einrichten, wie das Reichsministerium für das Reich. Das fliegen über die Grenze ist ein Unflug. Solche Forderungen sollen auch strafrechtlich erfüllt werden.

Hg. Cohen-Jellu (Sg.):

Das Ziel des Entwurfs ist nur eine Erweiterung der Machtbefugnisse der Militärbehörde. Bei freirechtlichen Institutionen wie in England ist ein scharfer Paragraph nicht so gefährlich. Das Parlament kann ihn jederzeit wieder aufheben. Öffentlich hat der Reichstag mehr Einsicht in die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes, als der Herr, der merkwürdigerweise deutsche Reichstagsler ist. Ein Widerspruch gegen

die Presse ist § 9. Ein großer Teil der Presse steht heute schon der Regierung aus der Hand, jetzt soll noch die Dreyfuss-Beilage dieses Paragraphen gegen sie geschwenkt werden. Ein vornehmer Militärschreiber will hier im tiefsten Grade einen Widerspruch setzen. Die Presse ist ein freier Staatssekretär, die beinahe ipso facto geworden ist, jetzt davon aus, daß das Geheimnis ist, was sie befreit erklärt. Die Dreyfuss-Beilage hat auch im Militärischen die entsprechende Wirkung, und es hat auch geschäftsunfähige in der vorerwähnten gegeben. Die geschäftsunfähige nationale Presse ist freier als gegen das Schmutzverbreiten Sturm gelaufen. Jetzt, wo der große Sturm sich nähert, da ist es anders. Da hat sich die löbliche Melodie, die fortissimo scharfe Gesichtsbestimmungen gegen die eingetragenen verlanget, verwandelt in das süße Operettenmotiv: „Kruppen, mein süßes Kruppen!“ (Beifall.)

Der Herr Reichstag hat bemerkt, daß infolge der merkwürdigen Ergebnisse des Offiziersgesetzes die Wahrheit nicht an Licht kommt. So kann es auch bei uns sein. Die Chancen des Sieges, von denen der Herr Kriegsminister sprach, werden durch drakonische Strafbestimmungen nicht begünstigt. Es tun andere Dinge mit, als das Spionagegesetz; das ist die Freiheit und gleiche Behandlung des ganzen deutschen Volkes. Das deutsche Offiziersgesetz darf in der Handlungsfreiheit keine Sonderbehandlung einnehmen. Wie es mit unferen militärischen Einrichtungen steht, hat noch jüngst ein Schriftsteller dargelegt, der von unferer Artillerie sprach, daß sie nicht auf der Höhe sei.

Preussischer Kriegsminister von Falkenhayn:

Bei der Geschäftslage möchte ich es mir erlauben, auf die Ausführungen des Redneren über die Heeresverwaltung und die Armee näher einzugehen. Bei diesem Gesetz handelt es sich nicht um die Heeresverwaltung, sondern um die Interessen des Reiches. Nur zwei kurze Bemerkungen kann

ich nicht unüberhört lassen. Wenn ich den Redner recht verstanden habe, so hat er unter Berufung auf den Militärschreiber gemeint, die deutsche Artillerie ist ein wertloses Element eines anderen Staats unterlegen. Ich bin sehr dankbar auf den Schriftsteller, der sich nicht, so viel er weiß, gegen diese Behauptung wehren hat. (Beifall.) Der Redner hat zum Schluß noch aus dem Munde der deutschen Offizierskorps in gewissen Augen Schlässe gezogen, daß die Idee ihm auf die Ironie dieser Ausführungen nicht folgen. Eine ganze Anzahl von Rednern halten mich davon ab, daß eine Idee kann ich ihm verzeihen. Da es sich nicht um Offizierskorps in jeder Lage so handeln, wie es ihm die Offizierskorps befehlt. (Beifall.) (Lachen der Sg.)

Hg. Cohen (Sg.):

Ich habe nicht behauptet, daß die deutsche Artillerie schlechter sei als die französische. Aber ich stelle dem Kriegsminister den Auftrag des Generalstabes zur Verfügung. Der Kriegsminister hat mit großem Mut, um sich einen guten Abgang zu sichern, meine Worte über die Offizierskorps ganz falsch ausgelegt. Ich kann Sie so an mir vorbeibringen. Ich habe nur erklärt, daß eine Idee kann ich ihm verzeihen. Da es sich nicht um Offizierskorps in jeder Lage so handeln, wie es ihm die Offizierskorps befehlt. (Beifall.)

Die Vorlage geht an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Donnerstag: 1 Uhr: Geschäftsordnung für Sachverständige und Zeugen, Beschäftigung von Geistlichen beim Reichsdogel, Errichtung eines Kolonialgerichtshofes, Novelle zur Gewerbesteuerordnung. Schluß 6 Uhr.

Milderung der Klassegegensätze.

Der Württembergische Ingenieurverein hat in seiner Jahresversammlung auf Antrag des Vordirektors Professor Dr. Ing. v. Bach den Beschluß gefaßt, an das württembergische Kultusministerium die Eingabe zu richten, worin darum nachgesucht werden soll, die Regierung möge darauf hinwirken, daß durch den Unterricht in den öffentlichen Lehranstalten, wie auf dem Gebiet des Schutzwesens überhaupt auf eine Milderung der Klassegegensätze hingearbeitet werde. Die dem Beschluß war ein Vortrag vorausgegangen, den Vordirektor v. Bach über das Thema: „Milderung der Klassegegensätze“ hielt und worin nähere Mitteilungen gemacht wurden über ein Preisausgeschrieben, das auf Veranlassung des Herrn v. Bach durch den Vorstand der deutschen Goethevereine noch in diesem Monat erlassen werden wird, und das die Erlangung wertvoller Arbeiten über die Frage der Milderung der Klassegegensätze bezweckt. Vordirektor v. Bach führte bezüglich dieser Preisbewegung aus:

„Die Aufgabe der Milderung der Klassegegensätze liegt auf wirtschaftlichem, politischem und rein menschlichem Gebiete. Was bisher zur Lösung angestrebt wurde — ist es durch die Gesetzgebung oder auf dem Wege der Bereitwilligkeit — erfolgte vorzugsweise in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht. Wir haben uns viel zu sehr daran gewöhnt, die Milderung der Klassegegensätze fast ausschließlich von der Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter und von der Gesetzgebung zu erwarten. Die Anzahl derjenigen, die sich bewußt sind, daß in unserem Volke die Milderung der Klassegegensätze auch auf dem rein menschlichen Gebiete mit aller Kraft angestrebt werden muß, und daß es sich dabei um eine allgemeine Kulturfrage handelt, erscheint noch recht gering. Die Erkenntnis der überaus großen Wichtigkeit dieser Kulturfrage in weite Kreise zu tragen, ist der Zweck des Preiswettstreits. Die Stellung der Frage: Wie ist es gekommen, daß die gebildeten Oberzweige unseres Volkes in so weitgehendem Maße die Fühlung mit den anderen Schichten verloren haben, muß bei gründlicher Bearbeitung auch die Wege erkennen lassen, die hier einzuschlagen sind.“

Für das Preisausgeschrieben wurden drei Preise in Aussicht genommen: 5000, 2000 und 1000 Mk. Die erforderliche Summe von 8000 Mk. ist innerhalb 14 Tagen zusammenzukommen. Vordirektor Dr. Ing. v. Bach, der sich vom Schloß Rosenstein an seiner jetzigen Stellung herausgehoben hat, gilt in ganz Deutschland und weit darüber hinaus als die erste Autorität auf dem Gebiete der Technik und der Ingenieurwissenschaften. Er gehörte als Vertreter der Stuttgarter Technischen Hochschule auch der ersten württembergischen Kammer an.

Deutsches Reich.

Die Geschäftsverteilung im Reichstage. Der Senatorenkonvent des Reichstages trat heute vor Beginn der Plenarsitzung zusammen und einigte sich dahin, am 13. Dezember die Weisungsarbeiten zu beginnen, die bis zum 13. Januar dauern sollen. Auf die Tagesordnung für Donnerstag sollen gelegt werden: die Vorlagen der Hilfskräfte beim Reichsdogel, betr. den Kolonialgerichtshof und, wenn möglich, betr. Wanderlager. Am Freitag und Sonnabend sollen Weisungsarbeiten stattfinden. Die Bestimmungen über die Wahlen sollen jedoch mit Rücksicht auf die Landtagsverfassung in Baden erst im Dezember stattfinden. Am 2. Dezember sollen die Etatberatungen beginnen. Am 10. Dezember erster Lesung des Etats soll die Behandlung der Interpellationen betr. Arbeitslosigkeit und die Vorgänge in Baden erfolgen. Der 1. Dezember ist für die erste Lesung kleinerer Vorlagen verfügbar.

Eine neue sozialdemokratische Reichstags-Interpellation. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat wegen der Zurückweisung des Hg. Dr. Liebnicht von den Sitzungen der Ausschusskommission folgende Interpellation gestellt: „Weshalb ist entgegen der Zustimmung des Herrn Staatssekretärs für das Reichsamt des Innern in der Sitzung des Reichstages vom 23. April 1913, daß von dem Herrn Reichstagsminister die Wünsche der Parteien bei Befragung der Kommission zur Prüfung der Kultusleistungen Berücksichtigung finden sollen, der von der sozialdemokratischen Fraktion bestimmte Abgeordnete Dr. Liebnicht nicht als Mitglied in die Kommission berufen worden?“

Der Eberfeldener Justizirrtum und der Reichstag. Der Reichstag dürfte Gelegenheit erhalten, sich mit dem Schicksal der Witwe Hamm zu beschäftigen, die, als Opfer eines bedauerlichen Justizirrtums, seit 5 1/2 Jahren unzulänglich im Zustand der Schwärze. Abgeordnete verschiedener Parteien beabsichtigen, eine Interpellation an die Reichsregierung zu

richten wegen des Falles der Witwe Hamm, die, wie schon berichtet, im Juli 1908 von der Schwägerin in Eberfeld der Bestrafung zum Tode an ihrem Mann, dem Landwirt Wilhelm Hamm in Hadersbach, schuldig gesprochen und vom Gerichtshof, über den Antrag des Staatsanwalts hinaus, zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist. Obgleich alle Kriminalisten, die sich seither mit dem Falle eingehend beschäftigt haben, erklären, daß Hamm überhaupt nicht ermordet, sondern von einem überaus finsternen niedergeborenen und tödlich verlegt worden ist, obgleich auch von den Geschworenen, die in Eberfeld das verdamnende Verdict gefällt haben, in einer Erklärung an die Staatsanwaltschaft ausgesprochen, daß sie eine Wiederaufnahme des Verfahrens wünschen, ist es nicht gelungen, diese durchzusetzen. Sonach wäre es in der Tat dringender wünschenswert, daß der Reichstag hier nach dem Rechten sieht und sich gründlich mit der Frage befaßt, wie es möglich ist, daß einer derartigen Forderung der Menschlichkeit und Gerechtigkeit ein so erfolgreicher Widerstand entgegengesetzt werden kann.

Für die Veteranen. Die bairische Kammer hat in ihrer gestrigen Sitzung Anträge der Sozialdemokraten, Liberalen und Konfessionellen angenommen, wonach die Regierung ersucht wird, im Bundesrat dahin zu wirken, daß für die Veteranenstütze weiteres seitens der Reichsregierung eingebracht. Minister von Seben hatte im Laufe der Debatte erklärt, daß eine weitere Erhöhung der Veteranenbeiträge in Millionen kosten würde. Die Finanzlage des Reiches ermöglichte es aber nicht, weiterzugehen trotz allen Mitgeföhls für die Veteranen.

Hof- und Personalmeldungen.

Der Kaiser und die Kaiserin haben sich gestern mittag nach Brinnolau begeben.

Ausland.

Kein deutsch-englisches Abkommen über die portugiesischen Kolonien.

Lissabon, 26. November.

In einem politischen Vortrag, der sich mit den Beziehungen Portugals zu den fremden Mächten beschäftigte, bemerkte der Minister des Auswärtigen Acieta a demselben zu wiederholten Malen verbreiteten Gerüchte über ein Abkommen zwischen England und Deutschland über ihre Eingriffung in die portugiesischen Kolonien. Das zahlreiche anwesende Publikum spendete dem Minister lebhaften Beifall.

Tauris Wünsche.

Die für Donnerstag anberaumte Beratung des Anleiheentwurfes dürfte kaum in einer Sitzung beendet werden können. Anßer den Ministern und dem Reichsminister des Budgetausschusses Kautels sind bereits jetzt 11 Deputierte der verschiedenen Parteien in die Reichstagskammer der Beschäftigung einbringen und beibringen: Die Kammer fordert die Regierung auf: 1. das Gebiet der militärischen Unternehmungen in Marokko einzuschränken; 2. durch die Erziehung des Volkes in Waffen die Dauer des Militärdienstes und die mit der Berufsaufnahme verbundenen finanziellen und wirtschaftlichen Lasten zu verringern; 3. allen Regierungen ein Schlichtungsgericht für alle Zwistigkeiten vorzuschlagen und so einen für die Wölter wenig brüderlichen internationalen Stand der Dinge vorzubereiten. Die Kammer beschließt, die Erörterung der Anleihe zu verschieben, bis die Regierung in dieser Richtung bestimmte Verfügungen gegeben hat.

Die Wäre Stratos.

In Athen ist wieder für eine Senationsaffäre ab, die alle Welt überraschen wird. Vontelos äußerte sich auf Wunsch der Kammer in der Debatte über die Wäre Stratos. Der Ministerpräsident befragte indirekt die Entschlüssen der Presse und gab zu, daß Stratos' Verhalten in der kritischen Zeit zwischen Griechenland und der Türkei die ersten Folgen hätten haben können. Vontelos wurde nach der Rede förmlich applaudiert. In fundenlanger Redebeitragungsrede verurteilte Stratos sich durch heftige Angriffe auf Vontelos reinzuwaschen. Seine Angaben wurden aber sehr kühl aufgenommen.

Die Bulgaren sind regierungsfremd.

Sofia, 26. Nov. Der Minister des Äußeren Chenowid hat sich über die Gerüchte von einer Abdankung des Königs folgendermaßen geäußert: Die Gerüchte sind vollständig unbegründet und können nur von politischen Agitatoren, welche ein zweifelhaftes Verhältnis für das Interesse des Landes haben, am Vorabend der Wahlen verbreitet worden seien. Die letzten Landtagswahlen, die mit 75 Pro. zugunsten der Regierungsparteien ausgefallen sind, haben von der

Selbstherrschung des Bulgarenvolkes genügt. Die am 7. Dezember stattfindenden Wahlen zur Sobranie werden durch ihr Ergebnis die Legende von der konstitutionalen Stimmung in Bulgarien von Grund aus zerstören.

Der Heeresrat vor dem Dreibund. Der Heeresrat vor dem Dreibund verhandelte heute vormittag über das Heeresbudget. — Das Mitglied des Heeresratens v. Grambrart erklärte, wenn es trotz der bestehenden Gefahren gelungen sei, den Balkankrieg zu lokalisieren, so sei die Hauptaufgabe der Heeresrat vor dem Dreibund die militärische Stärke des Dreibundes zu vergrößern. Darum sei es die Aufgabe aller Vorgesetzten, den Dreibund zu vergrößern, zu vertiefen und auszubauen. Die Befehlsinstrumente seien keineswegs beliebt, insbesondere erbehalte die vollständige Frage eine Lösung. Zur Vorbereitung entscheidender Anleihe sei eine vernünftige innere und äußere Politik notwendig, welche sich auf eine starke Armee und flotte stütze. Reiner fuhr fort: Wenn wir innerhalb des Dreibundes geschäftliche gleichberechtigte Genossen bleiben wollen, können wir uns der Aufgabe nicht entziehen, auch unter militärischer Seite entsprechend den Leistungen unserer Bundesgenossen auszugestalten. Die Monarchie muß durch Ausweitung der Flotte in der Lage sein, Italien den Rückhalt zu gewähren, dessen Italien im Mittelmeer bedarf. — Schließlich beantragte Redner eine Resolution, in der die Kriegsverwaltung angefordert wird, alle Mittel zur weiteren Einschränkung der Quelle anzuwenden.

Gezellenhilfe.

Berlin, 26. November. Im Hause des Oberstammes Fürsten zu Solms-Baruth fand gestern abend auf Einladung des Fürsten eine Versammlung von Vertretern der Berliner Preß- und schriftlicher preussischer Zeitungen statt, der zunächst von dem Generalstab a. D. Werner und dem Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Kühn, sowie dem Sechandlungspräsidenten Dombos im Namen des Hauptverbandes der unter dem Protektorat der Kronprinzessin stehenden Gezellenhilfe über den Zweck und die beschlossene Organisation dieses neuen Wohltätigkeitsverbandes ausführlich mitgeteilt wurde. Der Verband ist mit dem Einverständnis der Kronprinzessin genehmigt worden und soll seine Wirksamkeit auf den gesamten preussischen Staat erstrecken. Er soll die vielen Jahren angestrebte Vereinigung der schon vorhandenen Wohltätigkeitsbestrebungen auf einheitlicher, planmäßiger Arbeit herbeiführen und insbesondere auch die Berücksichtigung der verarmten Klassen ermöglichen. Zu diesem Zweck werden unter dem Hauptverbande mit dem Sitz in Berlin in den Provinzen überall Provinzialverbände gegründet, denen die Heranziehung der in den Provinzen vorhandenen Vereinigungen für die Mitarbeit an der Gezellenhilfe obliegt. Es ist nicht etwa die Gründung neuer Vereine geplant, sondern es sollen die bereits bestehenden Einrichtungen zu selbstständigen Verbänden umgeformt werden. Zu diesem Zweck tritt die Gezellenhilfe jetzt an die Öffentlichkeit heran und hofft durch freiwillige Spenden und Sammlungen die für ihre Pläne erforderlichen Mittel zu erhalten. Durch den Verkauf von Wohlfahrtsmarken und Wohlfahrtskarten soll die Öffentlichkeit dadurch für den Verband interessiert werden. Außerdem werden in der nächsten Zeit Gezellen (Zellen in allen Provinzen, Esten, Polen), die auf Anregung der Frau Kronprinzessin von dem Kunstgewerbehaus Stumpf in Danzig herbeigeführt sind, zu kleinen Preisen in den Handel gebracht. Es ist beabsichtigt, durch fortgesetzte Mittelungen an die Presse die weitesten Kreise der Bevölkerung über den Zweck dieser Organisation unterrichtet zu halten.

Halle und Umgebung.

Salle 27. November.

Die Versicherung der Dienstherrn.

Bisher unterlagen nur die in Gewerbebetrieben beschäftigten Dienstherrn der Krankenversicherungsspflicht. Vom 1. Januar 1914 ab unterwirft die Reichsversicherungsordnung sämtliche Dienstherrn diesem Zwange. Sie sind von genannten Zeitpunkte ab von ihren Arbeitgebern innerhalb 3 Tagen bei der neuen Allgemeinen Ortskrankenkasse, deren Geschäftsstelle noch bekannt gemacht werden wird, mittels der üblichen Formulare zur Krankenversicherung anzumelden. Die bisherigen Dienstherrnversicherungen bei der Kaiserlichen Diakonissenanstalt befreien an sich von der Versicherungsspflicht nicht, es wird vielmehr nur derjenige Dienstbote auf Antrag des Dienstherrn befreit, welcher an diesem bei Ertragung eines Rechtsanspruches auf eine Unternehmung hat, die den Leistungen der zuständigen Krankenkasse gleichwertig ist. Der Antrag ist an den Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu richten. Lehnt der Vorstand den Antrag ab, so entscheidet das Oberverwaltungsamt in Krefeld. Voraussetzung der Befreiung ist, daß

